

Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen

Kurzanalyse zur
Thüringer Landtagswahl am
1. September 2024

In dieser Kurzanalyse werten wir die Ergebnisse der Thüringer Landtagswahl vom 1. September 2024 aus – mit Fokus auf die rechtsextreme AfD und die Auswirkungen der Wahlen auf die Thüringer Zivilgesellschaft.

Zusammenfassung

- Die rechtsextreme AfD ist mit der Landtagswahl 2024 zur stärksten politischen Kraft in Thüringen avanciert und hat damit erneut unterstrichen, dass sie in Thüringen eine fest etablierte politische Kraft ist. Die Partei hat flächendeckend in allen Wahlkreisen Stimmen hinzugewonnen, die überwiegende Mehrheit der Direktmandate errungen und im Vergleich zur Europawahl am 9. Juni 2024 nochmals zugelegt.
- Die AfD wird nicht vorrangig aus Protest, sondern überwiegend aufgrund ihrer Inhalte, Positionen und der ihr zugeschriebenen Kompetenzen gewählt. Gerade bei jungen Wähler*innen konnte sie erheblich Stimmen hinzugewinnen und viele Erstwähler*innen mobilisieren.
- Der öffentliche Fokus auf die AfD und ihre von Rassismus geprägte Migrations- und Flüchtlingspolitik hat der AfD nicht geschadet, sondern eher genutzt. Die Wähler*innen schreiben der Partei im Bereich Migration starke Problemlösungskompetenzen zu. Vor allem die Skandalisierung der AfD, ihrer Positionen und der Verbindungen ihrer Kandidat*innen zur extrem rechten Szene scheint keine wirksame Gegenstrategie zu sein.
- Dem BSW ist es nicht gelungen, eine starke AfD zu verhindern, sondern bewirkte vor allem eine Schwächung der LINKEN. Fast [achtmal mehr Wähler*innen](#) bewegten sich von der LINKEN zum BSW.
- Die AfD hat vor allem aufgrund ihrer Sperrminorität im Landtag nun erheblich mehr Gestaltungsmacht in Thüringen und kann – in Verbindung mit ihrer Stärke in den Kommunen und Landkreisen – politische und gesellschaftliche Diskussionen sowie die lokale Umsetzung politischer Maßnahmen nachhaltig prägen.
- Die Situation der demokratischen Zivilgesellschaft und gesellschaftlich marginalisierter Gruppen wird sich voraussichtlich erheblich verschärfen und bedarf stärkerer überregionaler und lokal verankerter Unterstützungsstrukturen, sowohl von zivilgesellschaftlicher als auch von staatlicher Seite auf Landes- und Bundesebene.
- Im Vorfeld der Wahlen fand eine landesweite demokratische Mobilisierung statt, die aber die selbst gesteckten Ziele – insb. die Verhinderung der Sperrminorität für die AfD – nicht erreichen konnte. Um Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten zu können, braucht es jetzt einen Prozess der kritischen Reflexion und daraus folgend eine strategische Neuausrichtung der demokratischen Parteien, aber auch der demokratischen Zivilgesellschaft.

Der Kontext der Landtagswahl

Die Landtagswahl 2024 in Thüringen hat eine lange und bewegte Vorgeschichte.¹ Trotz vielfältiger Herausforderungen konnte die rot-rot-grüne Minderheitsregierung über die gesamte Legislaturperiode hinweg regieren. Auch wenn dies zum Teil sehr schwierig war, wie die Haushaltsverhandlungen der letzten Jahre

¹ Vgl. Martin Debes (2024). Deutschland der Extreme: Wie Thüringen die Demokratie herausfordert. Berlin: Ch. Links.

exemplarisch zeigen, konnten noch während des aufkommenden Wahlkampfes Kompromisse im Parlament gefunden werden.²

Derweil veränderte sich der politische Diskurs in Thüringen mit dem Erstarben der AfD: Themen wie Migrationspolitik, Klimawandelbekämpfung, Energiepolitik und geschlechtersensible Sprache wurden zunehmend konfrontativ geführt, wobei die AfD auf Mittel eines rechten Kulturkampfes zurückgriff und damit nachhaltig zu gesellschaftlicher Polarisierung beitrug. Flankiert wurde dies durch überregionale bis globale Krisen, die Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung verstärkten: die Coronapandemie, der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, die seit Herbst 2022 wachsende Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. In einem Wahlkampf, der sich auf überregionale und bundespolitische Themen fokussierte, gewann die AfD im Juni 2023 mit Robert Sesselmann zum ersten und bislang einzigen Mal eine Landratswahl. Hohe Ergebnisse konnten auch – trotz Niederlagen in den Stichwahlen – Jörg Prophet bei der Oberbürgermeisterwahl in Nordhausen (September 2023) und [Uwe Thrum bei der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis](#) (Januar 2024) erreichen.

Der Start in das Thüringer „Superwahljahr“ 2024 wurde durch zwei bundespolitische Ereignisse geprägt: Im Januar deckte das journalistische Kollektiv Correctiv [das „Potsdamer Treffen“](#) auf, bei dem Vertreter*innen der AfD und weitere extrem rechte Akteur*innen die Vertreibung von aus ihrer Sicht unerwünschten Menschen aus Deutschland planten. Die Enthüllung löste eine bundesweite Empörungswelle aus und brachte hunderttausende Menschen zu [Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus](#) zusammen. Diese Demonstrationenbewegung war jedoch temporär und konnte vor der Landtagswahl trotz vielfältiger zivilgesellschaftlicher Proteste, Veranstaltungen und Aktivitäten in der Form nicht reaktiviert werden. Ebenfalls im Januar gründete die ehemalige Vorsitzende der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, mit ihrem Bündnis die Partei BSW, die schnell sehr hohe Umfragewerte in Thüringen erreichen und diese bei der Europawahl im Juni 2024 bestätigen konnte. Damit zeichneten sich bereits grundlegende Veränderungen in der Zusammensetzung des Landtags im September 2024 ab.

Der Wahlkampf

Der Wahlkampf in Thüringen stand v. a. aufgrund der hohen Umfragewerte für die AfD im Fokus der bundesweiten Aufmerksamkeit. Die AfD führte den Wahlkampf aggressiv und machte in ihren Äußerungen ihren eigenen Machtanspruch und ihre Ablehnung demokratischer Strukturen und Normen deutlich. Gleichzeitig fiel ihre politische Kommunikation durch die Aktivierung positiver Affekte auf, [die der Politikwissenschaftler Johannes Hillje als „Feelgood-Rechtsextremismus“](#) bezeichnete.

Thematisch schaffte es die AfD, ihre Themen ins Zentrum der öffentlichen Debatten zu rücken und drängte die anderen Parteien ins Reaktive. Sie konnten kaum eigene Impulse setzen.

Stattdessen wurde der [Wahlkampf stark mit Identitätsfragen aufgeladen](#): Wer ist echter Thüringer, wer vertritt ostdeutsche Interessen besser? In den Debatten dominierten zudem die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insb. in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, und die Migrations- bzw. Asylpolitik, wobei bei letzterer fast durch das gesamte Parteienspektrum hinweg die Forderung nach einer stärkeren Begrenzung

² Zum Beispiel die Änderung des Thüringer Schulgesetzes im April 2024: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/schulgesetz-beschlossen-landtag-100.html>.

von Geflüchteten und mehr Abschiebungen überwog. Anstatt eigene Themen zu setzen, ließen sich die demokratischen Parteien folglich auf den von Rassismus geprägten Migrationsdiskurs ein und versuchten teilweise, mit restriktiven Migrationspolitiken Stimmen von der AfD abzuwerben. Dieser restriktive Diskurs um Flucht und Migration verschärfte sich nach dem islamistischen Anschlag am 23. September 2024 in Solingen mit drei Toten und kulminierte in einer bundesweiten Abschiebeoffensive wenige Tage vor der Landtagswahl. Der Wahlkampf wurde also vorrangig um Themen ausgefochten, die größtenteils nicht in Thüringen geregelt werden, wie parteiübergreifend auch [Bürgermeister*innen und Landrät*innen](#) kritisierten.

Insbesondere mit Blick auf die hohen Umfragewerte der AfD bei jungen Menschen wurde die Rolle der sozialen Medien im Wahlkampf thematisiert. Auffällig ist, dass der digitale Wahlkampf der Partei vor allem auf Spitzenkandidat Höcke als politischen Influencer zugeschnitten war. Höckes Social-Media-Accounts waren so auch die einzigen, die überdurchschnittliche Reichweiten erreichen konnten. Andere Kandidat*innen waren auf diversen Plattformen durchaus präsent, konnten allerdings kaum Reichweite erlangen. Vielmehr setzte die AfD auf ihr politisches Umfeld, bestehend aus Alternativmedien, Streamer*innen und Junger Alternative, das über TikTok und YouTube insbesondere junge Zielgruppen erreichen sollten. Das gelang ihnen, bis auf Höckes Accounts, kaum. Das heißt nun nicht, dass über die Plattformen keine AfD-Inhalte geteilt wurden.

Es spricht aber dafür, dass Social Media nicht als so zentral gesehen wird, um die Menschen in Thüringen zu erreichen.

Am ehesten passierte dies noch über die Plattform Facebook, mit der die junge Generation allerdings weniger erreicht wird.

Die demokratische Zivilgesellschaft begann bereits im Herbst 2023 landes- und bundesweit mit der Organisation und Vernetzung für die Thüringer Landtagswahl 2024. Ihr primäres Ziel war es, die AfD-Stimmenanteile möglichst gering und die Partei unter 1/3 der Parlamentssitze, also unter der Sperrminorität³ zu halten. Daneben wurde für ein AfD-Verbot geworben und es wurden Versuche unternommen, über die rechtsextremen, antidemokratischen und menschenfeindlichen Positionierungen von AfD-Vertreter*innen und -Sympathisant*innen aufzuklären. Dafür gründeten sich in Thüringen diverse Netzwerke und Bündnisse.

Dabei gelang es, trotz gesteigerter Bedrohungslage, auch jenseits der Städte Erfurt, Weimar und Jena noch stärker Menschen in anderen Städten und im ländlichen Raum für demokratisches Engagement zu aktivieren.

Auch die bundesweite Zivilgesellschaft stimmte in die Wahlkampfphase mit ein – z. B. mit der Unterstützung lokaler Initiativen und Aufrufen zu strategischem/taktischem Wählen. Nicht immer waren diese bundesweiten Aktivitäten mit lokalen Initiativen abgestimmt und [erfuhren entsprechend Kritik](#).

³ Sobald eine Partei mehr als ein Drittel der Sitze im Landesparlament einnimmt, kann sie Gesetzesvorhaben und Entscheidungsprozesse blockieren, die einer 2/3-Mehrheit bedürfen. Diesen Zustand nennt man Sperrminorität.

Verschiedene Studien zeigen bereits seit Jahren, dass Rechtsextreme bewusst und strategisch verschiedene Mittel einsetzen, um ihre Gegner*innen einzuschüchtern und zu bedrohen.⁴ Diese Bedrohungslage hat sich im vergangenen Jahr verschärft, wie [Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen und Wahlkampfshelfer*innen, Morddrohungen gegen demokratisch Engagierte](#) und die Entwicklung rechtsmotivierter Gewalt⁵ zeigen.

Kurz vor den Wahlen fanden in Sachsen rechtsextreme Gegenmobilisierungen zu den Christopher Street Days (CSDs) in Bautzen und Leipzig statt. In Thüringen beispielsweise bekommt der [Gegenwind-Fond der Amadeu Antonio Stiftung](#), der auch Sicherheitsmaßnahmen beim CSD in Bautzen finanzierte, dementsprechend immer mehr Finanzierungsanträge für Sicherheitsausgaben. Zum Wahlkampfabschluss schließlich begleiteten gewalttätige Neonazis eine demokratische Demonstration in Erfurt⁶ und bekannte Neonazis wie Tommy Frenck vom Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH)⁷ riefen zur Wahl der AfD auf.

Hier zeigen sich die jahrzehntelang gewachsenen Allianzen verschiedener rechtsextremer Akteure*innen und die Wechselwirkungen zwischen parlamentarischem Rechtsextremismus und seinem faschistoiden „Vorfeld“.

Ergebnis der Landtagswahl: neue Kräfteverhältnisse – AfD gewinnt deutlich, Koalitionsbildung ungewiss

Die AfD hat mit 32 der 88 Sitze die sogenannte Sperrminorität im Parlament und kann damit entscheidende [parlamentarische Prozesse blockieren bzw. mitbestimmen](#). Nur 4 der 6 bislang im Landtag vertretenen Parteien konnten bei der Landtagswahl erneut in das Parlament einziehen. Neu hinzu kommt das BSW mit 15 Sitzen. Die Partei erreichte „aus dem Stand“ ein zweistelliges Ergebnis von 15,8 %.

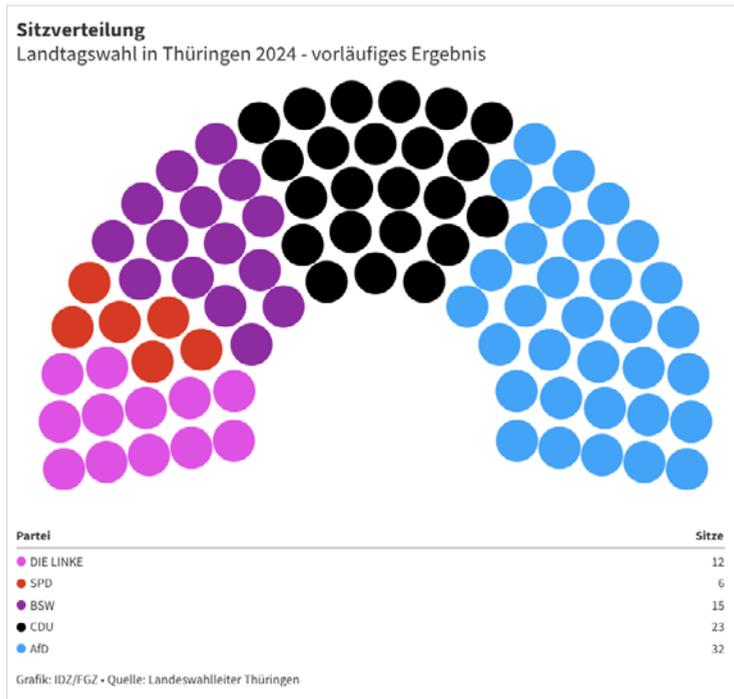
Die FDP und die Grünen erreichten die 5-Prozent-Hürde mit deutlichem Abstand nicht. Die CDU konnte sich um 2 auf nun 23 Sitze leicht verbessern. Die Parteien der rot-rot-grünen Minderheitsregierung hingegen verloren alle an Stimmen und Sitzen: Die SPD büßte 2 Sitze auf 6 ein, DIE LINKE stürzte um 17 auf jetzt 12 Sitze ab und ging damit vom klaren Wahlgewinner 2019 auf den vierten Platz zurück.

⁴ Vgl. Helmert, Cornelius; Thürling, Marleen; Treidl, Johanna; Mönig, Alina (2023). „Sie versuchen, uns damit zu lähmen“. Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteure*innen gegen die Zivilgesellschaft. Hg. v. Open Knowledge Foundation Deutschland e. V. Berlin; Schroeder, Wolfgang; Greef, Samuel; Elsen, Jennifer ten; Heller, Lukas (2020). Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. Frankfurt a. M.

⁵ Vor allem der Landkreis Sonneberg, in dem 2023 der erste AfD-Landrat ins Amt gewählt wurde, entwickelte sich 2023 zu einem neuen Hotspot rechter Gewalt in Thüringen: <https://ezra.de/jahresstatistik2023/>.

⁶ So beobachtet von der LINKEN-Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss: <https://bsky.app/profile/katharinakoenig.bsky.social/post/3l326zhotn32h>.

⁷ Tommy Frenck veröffentlichte den Aufruf in einem Video auf seinem Telegram-Kanal, das wir hier nicht verlinken, um keine neonazistischen Inhalte zu reproduzieren.



Damit hat die rechtsextreme AfD klar die Landtagswahl in Thüringen gewonnen. Sie konnte 29 von 44 möglichen Mandaten über die Wahlkreisstimmen direkt gewinnen (2019 gewann sie 11 Direktmandate) und 32,8 %⁸ der Landesstimmen erlangen. Sie wurde von ca. 400.000 Menschen in Thüringen gewählt. Die Landesstimmen-ergebnisse der AfD variieren in den Wahlkreisen zwischen 14,3 % in Jena I und 41,3 % im Altenburger Land I. Die Partei konnte in allen Wahlkreisen ihre Stimmenanteile im Vergleich zur Landtagswahl 2019 um 3,1 bis 15,4 Prozentpunkte ausbauen und legte in allen Landkreisen⁹ im Verhältnis zum ohnehin starken Ergebnis bei der Europawahl am 9. Juni 2024 zwischen 1,2 und 3,1 Prozentpunkten zu.

Dies bestätigt unseren Befund aus der [Analyse der Kommunal- und EU-Wahlen](#), dass die AfD ihr Wähler*innenpotenzial bei den Wahlen im Mai und Juni noch nicht voll ausgeschöpft hatte und zur Landtagswahl weitere Wähler*innen mobilisieren konnte.

In 5 Wahlkreisen erreichte die AfD 40 % oder mehr; in knapp 50 Gemeinden hat sie 50 % der Stimmenanteile oder mehr erlangt.

Da alle demokratischen Parteien eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen haben, zeichnen sich derzeit zwei mögliche Koalitionsoptionen ab:

- CDU, BSW und SPD: Die „[Brombeer-Koalition](#)“ hat keine Partei ausgeschlossen, sie hat aber keine

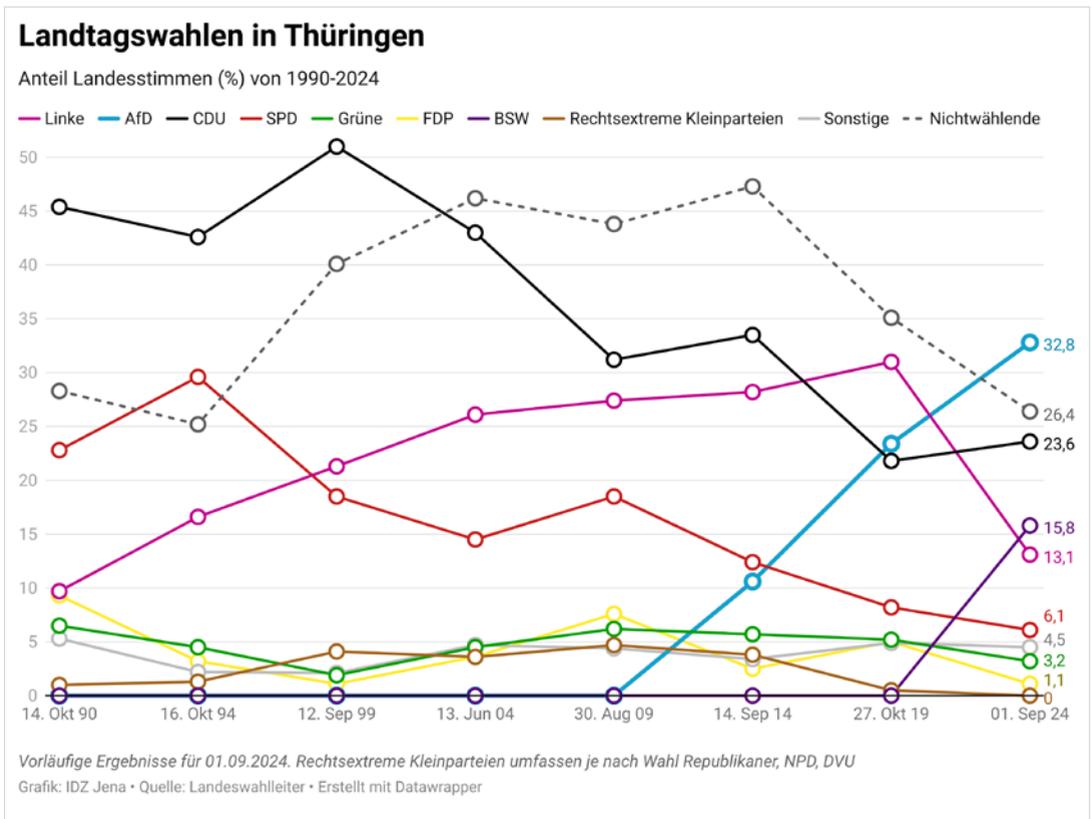
⁸ Alle Zahlen der Wahlergebnisse entstammen dem vorläufigen Ergebnis des Landeswahlleiters vom 02.09.2024 11:30 Uhr.

⁹ Der Landeswahlleiter rechnet die Stimmenanteile der Landtagswahlen auf Landkreisebene um: <https://wahlen.thueringen.de/daten-bank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2024&zeigeErg=SortLK>.

Mehrheit und wäre auf Duldung, z. B. durch DIE LINKE, bzw. Zustimmung einzelner linker Abgeordneter angewiesen.

- Eine Koalition aus CDU, BSW und DIE LINKE hätte eine Mehrheit, die CDU hat bisher aber die Zusammenarbeit mit der LINKEN ausgeschlossen. Ob DIE LINKE mit dem BSW in einer Koalition zusammenarbeiten würde, ist bislang eher unwahrscheinlich.

CDU und BSW haben damit die Gestaltungsmöglichkeiten zur künftigen Landesregierung, aber gleichzeitig auch Druck, da sie beide für eine demokratische Regierung zusammenarbeiten müssten. Sie gehen beide mit starken Verhandlungspositionen in die Koalitionsgespräche, wissen aber auch um die Stärke des jeweils anderen.



Keine Bedeutung auf der landespolitischen Bühne konnte die WerteUnion erreichen. Trotz der Versuche, besonders in Thüringen Fuß zu fassen, konnte die Partei in keinem Wahlkreis mehr als 2,1 % der Landesstimmen erzielen.

Markante Befunde

Wahlbeteiligung

Auffällig ist die hohe Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen sowohl in Thüringen als auch in Sachsen. Mit 73,6 % lag die Wahlbeteiligung in Thüringen 8,7 Prozentpunkte höher als bei den Wahlen 2019; es ist die zweithöchste Wahlbeteiligung seit 1990. Auch im Vergleich zu den Kommunal- und EU-Wahlen ist die Wahlbeteiligung gestiegen. Dies ist ein positives Zeichen für die demokratische Kultur im Land:

Die Wahl konnte viele Menschen zur Abgabe ihrer Stimme und somit zur Partizipation am politischen Geschehen im Land mobilisieren.

Darin zeichnet sich der Wille ab, das eigene politische Umfeld mitzugestalten. Gleichzeitig muss bedacht werden, dass viele dieser Stimmen für eine Partei abgegeben wurden, die antidemokratische und autoritäre Positionen vertritt. Beim Blick auf den Zusammenhang von Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe für die AfD zeigt eine Kurzanalyse der vorläufigen Wahlergebnisse auf Gemeindeebene jedoch, **dass die rechtsextreme Partei nicht überproportional von der hohen Wahlbeteiligung profitieren konnte.** In Regionen, in denen SPD und Grüne bessere Ergebnisse erzielten, lag die Wahlbeteiligung tendenziell etwas höher. Höhere AfD-Stimmenanteile gingen dagegen in der Gesamttendenz eher mit einer geringeren Wahlbeteiligung einher.

Die Landesstimmen: räumliche Verteilung der AfD-Erfolge

Die Wahlerfolge der AfD sind in Thüringen flächendeckend, doch es lassen sich wie bei den Kommunal- und EU-Wahlen deutliche räumliche Unterschiede feststellen.

Diese Unterschiede stellen kein klares Stadt-Land-Gefälle dar, wie die folgende Abbildung zeigt. Stattdessen existiert ein deutliches Gefälle zwischen einem Großteil der drei kreisfreien Städte Jena (16,2 %), Weimar (20 %) und Erfurt (23 %) sowie den meisten Landkreisen und den zwei weiteren kreisfreien Städten (Gera: 35,6 %; Suhl: 32,8 %). Eine dichte Besiedelung bedingt somit nicht zwingend einen niedrigeren Stimmenanteil für die AfD.

Vielmehr beeinflussen die lokale politische Kultur und die soziodemografische Bevölkerungszusammensetzung (z. B. höherer Bildungsgrad, diversere Stadtbevölkerung) die unterschiedlichen Wahlergebnisse.

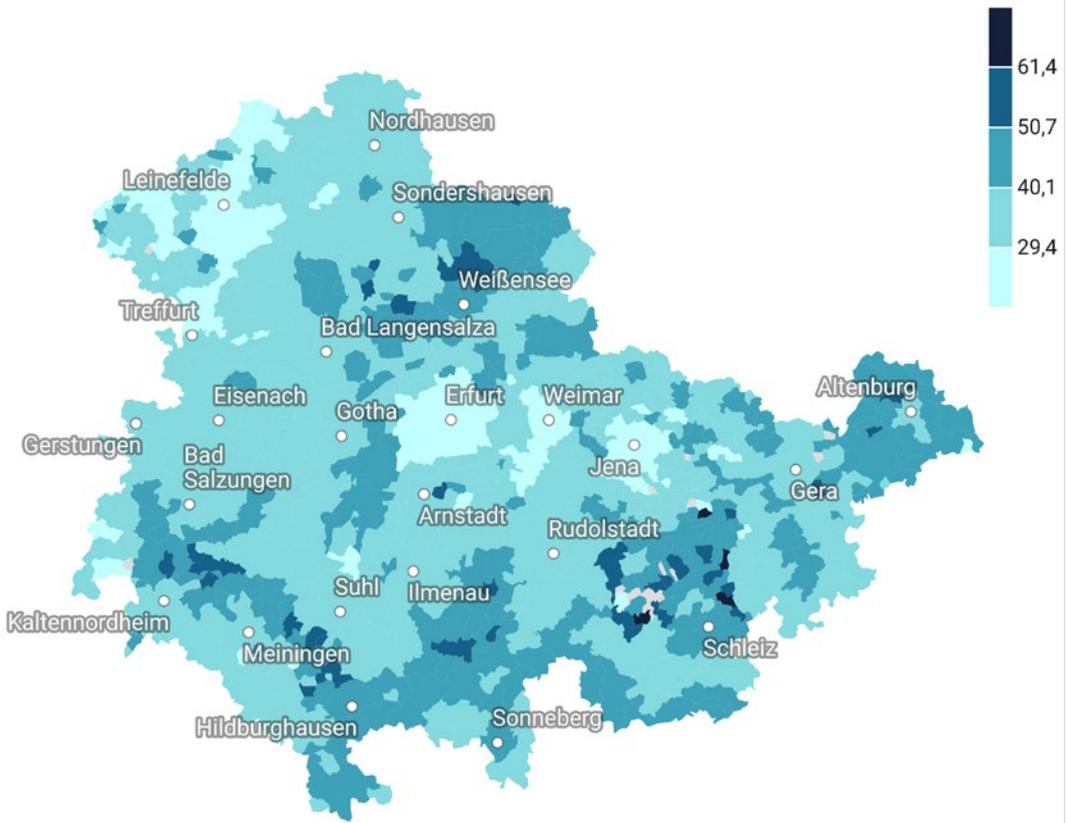
Ein Sonderfall ist der Landkreis Eichsfeld, in dem die AfD mit 29,1 % [wie auch in der Vergangenheit](#) ein unterdurchschnittliches Ergebnis erzielte.

Auch darüber hinaus zeigt sich im Hinblick auf die räumliche Verteilung der Landesstimme für die AfD über die Gemeinden Thüringens hinweg ein relativ differenziertes Bild.

So können Schwerpunktregionen wie der Saale-Orla-Kreis (40,5 %) im Südosten, Sonneberg (40 %) und Hildburghausen (39,5 %) im Süden, das Altenburger Land (39,9 %) im Osten oder der Kyffhäuserkreis (37,8 %) im Norden ausgemacht werden, doch es gibt keine klare „Teilung“ des Landes.

AfD-Stimmenanteile

Landtagswahlen 2024 Thüringer Gemeinden (Landesstimme)



Angaben in Prozent. Grau hinterlegte Regionen: keine Daten vorhanden da aufgrund geringer Wählendenanteile mit anderen Wahlbezirken zusammengelegt

Grafik: IDZ/FGZ • Quelle: Landeswahlleiter Thüringen • Erstellt mit Datawrapper

Vielmehr wird deutlich, dass Gemeinden mit besonders hohen AfD-Wahlergebnissen mitunter in direkter Nähe zu Orten mit vergleichsweise niedrigem AfD-Zuspruch liegen können. So grenzt beispielsweise im Saale-Holzland-Kreis Karlsdorf (72,1 %), die Thüringer Gemeinde mit den höchsten Stimmenanteilen für die AfD, direkt an den Wahlbezirk Weißbach/Rattelsdorf, in dem „nur“ 27,3 % der Wähler*innen ihre Stimme an die AfD gaben.¹⁰ Auch Jena (16,2 %) und Gera (35,6 %), zwei ähnlich große Städte, die gerade mal eine halbe Stunde Zugfahrt auseinanderliegen, unterscheiden sich in ihren AfD-Wahlergebnissen – wie auch schon in den letzten Jahren – erheblich. Und es zeigen sich Unterschiede in den Städten und Gemeinden selbst: So

¹⁰ Es ist wichtig zu beachten, dass es sich hierbei um sehr kleine Gemeinden mit 100 oder weniger Wähler*innen handelt und aus diesem Beispiel allein keine größeren Ableitungen getroffen werden können. Es dient vor allem der Illustration kleinräumiger Unterschiede. Diese können auch durch den Zuschnitt von Wahlbezirken von Wahl zu Wahl variieren.

variiert beispielsweise der Landesstimmenanteil in den Erfurter Wahlkreisen zwischen 17,9 % in Erfurt III und 31,2 % in Erfurt I. Es wird somit deutlich, dass pauschale Aussagen über die räumliche Verteilung von AfD-Zustimmungswerten nicht möglich sind. Stattdessen muss eine genaue Analyse der politischen, kulturellen, demografischen und sozioökonomischen Bedingungen vor Ort vorgenommen werden, um genauere Aussagen darüber treffen zu können, warum wo Menschen AfD wählen.¹¹

Beim Blick in die einzelnen Regionen ist auffällig, dass **gerade in den Landkreisen, in denen über das letzte Jahr hinweg besondere Mobilisierungen gegen AfD-Kandidat*innen bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen stattgefunden hatten**, die AfD nicht geschwächt wurde, sondern überdurchschnittlich hohe Gewinne erzielen konnte. So kann Uwe Thrum, [dem Verbindungen zur Reichsbürger*innen-Szene nachgewiesen wurden](#), im Saale-Orla-Kreis sein Direktmandat halten. Im gleichen Landkreis liegen auch die zwei Gemeinden mit den zweit- und drittmeisten Stimmen für die AfD auf Gemeindeebene: Tömmelsdorf (66,2 %) und Göschitz (65,3 %). In Sonneberg, wo im Juli 2023 mit Robert Sesselmann der erste AfD-Landrat ins Amt gewählt wurde und das zu einem [Hotspot rechter Gewalt in Thüringen](#) geworden ist, gewinnt die AfD beide Direktmandate mit jeweils über 41 % der Stimmen und verzeichnet besonders hohe Landesstimmenergebnisse (40,2 % in Sonneberg I; 38,2 % in Hildburghausen II/Sonneberg II). Hildburghausen ist die Region, in der der [Neonazi Tommy Frenck \(BZH\)](#) im Juni die Stichwahl um das Landratsamt erreichte. Auch im zweiten Wahlkreis der Region, Hildburghausen I/Schmalkalden-Meiningen III, sind die Wahlergebnisse für die AfD besonders hoch (41,6 % Wahlkreisstimme; 40 % Landesstimme). Und in den Wahlkreisen Nordhausen I und II erringt die AfD beide Direktmandate, auch wenn die Landesstimmenergebnisse mit 33,5 % und 34,2 % im Vergleich zu den vorhergenannten Regionen niedriger sind. Eines der Direktmandate hat Jörg Prophet (40,3 %) errungen, der noch im September 2023 die Stichwahl um das Oberbürgermeisteramt der Stadt Nordhausen verlor.

An diesen Regionen lassen sich starke regionale Kontinuitäten der rechtsextremen Wahlerfolge ablesen.

Die Wahlkreisstimmen

Die AfD konnte ihre im Jahr 2019 in 11 Landkreisen gewonnenen Direktmandate bestätigen (allerdings teilweise mit neuen Kandidat*innen) und 18 weitere Mandate hinzugewinnen. Von den weiteren Direktmandaten gingen 4 an DIE LINKE und 11 an die CDU. Kein Direktmandat erzielen konnte Björn Höcke, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der AfD in Thüringen. Er unterlag im Wahlkreis Greiz II mit 38,9 % Christian Tischner (43 %), dem Kandidaten der CDU. Um höhere Chancen auf das Direktmandat zu haben, wechselte er nach 2019 [seinen Wahlkreis vom Eichsfeld nach Greiz](#). Höcke wird jedoch über die Landesliste der AfD in den Landtag einziehen.

Auch Robert Teske konnte kein Direktmandat erringen. Teske ist [ein enger Vertrauter](#) und der Büroleiter Höckes und trat im Kyffhäuserkreis I an. Das höchste Wahlkreisstimmenergebnis erzielte für die AfD der bereits erwähnte Uwe Thrum im Saale-Orla-Kreis I (47,4 %); das niedrigste Elisabeth Mengel-Stähle im Wahlkreis Jena I (16,4 %). Auffällig ist, dass alle Direktkandidat*innen der AfD (also auch diejenigen, die das Direktmandat nicht gewinnen konnten) bei der Wahlkreisstimme teilweise deutlich höhere Ergebnisse erzielen konnten als die AfD bei der Landesstimme im gleichen Wahlkreis. Es gibt somit ein Wähler*innenpotenzial an Menschen für die AfD, die bereit sind, eine*n AfD-Kandidat*in zu wählen, auch wenn sie bei der Landesstimme einer anderen

¹¹ Das IDZ wird hierzu eine multivariate Analyse der AfD-Wahlergebnisse auf Gemeindeebene vrs. im November 2024 veröffentlichen.

Partei den Vorzug geben. Hierbei zeigt sich auch, dass die konkreten Kandidat*innen der AfD keine wesentliche Rolle für die Entscheidung ihrer Wähler*innen zu spielen scheinen.

Wahlmotive und Wähler*innenprofile: Ergebnisse der Nachwahlbefragungen

Die Nachwahlbefragungen für Thüringen geben genauere Einblicke darüber, wer wie gewählt hat und welche Themen bei der Wahl eine besondere Rolle gespielt haben.¹² Daraus lassen sich insbesondere in Hinblick auf die weitere Stärkung der AfD folgende Erkenntnisse ableiten:

- **Die Einordnung der AfD als rechtsextrem schreckt Wähler*innen nicht davon ab, der Partei ihre Stimme zu geben.** Vielmehr sagen 87 % der AfD-Wähler*innen, es sei ihnen „egal, dass sie in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“. Ebenso werden der AfD in zentralen Themengebieten Problemlösungskompetenzen zugeschrieben.
- **Die AfD konnte mehr als jede andere Partei Nichtwähler*innen für sich mobilisieren (71.000).**¹³ Dies deutet darauf hin, dass die Partei viele Menschen anspricht, die bislang eher eine Distanz zu demokratischen Strukturen und Institutionen aufweisen und sich durch die demokratischen Parteien nicht repräsentiert sehen. Darüber hinaus mobilisierte sie vor allem Stimmen von vormaligen CDU-Wähler*innen (28.000) und von der LINKEN (23.000).
- Abwanderungen von der AfD fanden ausschließlich an das BSW statt (11.000) und 26 % der BSW-Wähler*innen gaben an, sie hätten AfD gewählt, wenn das BSW nicht angetreten wäre. Allerdings mobilisierte die Partei von Sahra Wagenknecht deutlich mehr Wähler*innen von der LINKEN (84.000), der CDU (18.000) und ebenfalls viele Nichtwähler*innen (27.000). **Auffällig ist zudem, dass in den Wahlkreisen, in denen die AfD stark ist, auch das BSW besonders hohe Stimmenanteile erzielen konnte; wo die AfD schwächer ist, fallen auch die BSW-Ergebnisse vergleichsweise niedriger aus.** Wie die Wahlergebnisse ausgesehen hätten, wenn das BSW nicht angetreten wäre, lässt sich nicht seriös feststellen, da hier eine Vielzahl an Faktoren eine Rolle spielt. **Klar ist jedoch, dass das BSW, anders als im Vorfeld der Wahl teilweise spekuliert wurde, nicht in großer Menge Wähler*innen von der AfD „abwerben“ und die rechtsextreme Partei insgesamt nicht schwächen konnte.**
- Bei den soziodemografischen Daten der Wähler*innen zeigen sich in Bezug auf die AfD keine bedeutenden Unterschiede mit Blick auf vergangene Wahlen, Umfragen und Studien: **Mehr Männer als Frauen wählen die AfD, außerdem vergleichsweise mehr Arbeiter*innen, Personen mit niedrigem Bildungsgrad und mit vergleichsweise schlechterer finanzieller Lage.**
- Besonders auffällig ist der **hohe Stimmenanteil der AfD unter jungen Wähler*innen.** So erreichte die Partei unter den 18-24-Jährigen 38 %, das sind 15 Prozentpunkte mehr als bei den Wahlen 2019 und das ist damit der höchste Anstieg in allen Altersgruppen. Auch dieser Befund sollte jedoch nicht überraschen. [Studien](#) zeigten bereits im Vorfeld der Wahl den hohen Zuspruch zur AfD unter jungen Menschen. Über [Social Media-Plattformen wie TikTok](#) versucht gerade die AfD, junge Menschen gezielt anzusprechen – die

¹² Zur Landtagswahl fanden mehrere Nachwahlbefragungen statt, die sich in ihren Daten leicht unterscheiden können. Im Folgenden beziehen wir uns auf die Befragungsergebnisse von infratest dimap: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/>.

¹³ Zur Einordnung: Insgesamt gingen 2024 gut 96.000 Menschen mehr zur Wahl als 2019.

Plattform bietet dafür besonders gute Bedingungen. Diese Ansprache fällt gleichzeitig auf ein Fundament an Unsicherheiten infolge globaler Krisen und von Zukunftsängsten, die gerade die jüngeren Generationen betreffen. Die Fragen, wie rechten Einstellungen unter Jugendlichen begegnet werden und demokratische Teilhabe von jungen Menschen hergestellt werden kann, sind somit zentral für die künftige Präventions- und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus – ebenso wie für die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft generell.

- Die bestimmenden Themen für alle Wähler*innen bei der Landtagswahl waren **Kriminalitätsbekämpfung/Innere Sicherheit, Asyl- und Flüchtlingspolitik/Zuwanderung sowie ostdeutsche Interessen/„Probleme hier vor Ort“**. Damit bestätigen die Nachwahlbefragungen die oben geschilderten Beobachtungen aus dem Wahlkampf, dass die Themensetzungen v.a. der AfD den öffentlichen Diskurs und die Wahlentscheidungen der meisten Wähler*innen bestimmten und die demokratischen Parteien es nicht geschafft haben, eigene Themen in den Vordergrund zu rücken. Ob der Anschlag in Solingen und die daraus folgenden politischen Debatten einen Einfluss auf den Wahlausgang hatten, lässt sich nicht gesichert beantworten, da hierzu keine konkrete Frage in der Nachwahlbefragung vorliegt. Die hohe Bedeutung der Themen Innere Sicherheit und Asyl- und Flüchtlingspolitik gibt jedoch einen Hinweis darauf, dass die politische Debatte um den Anschlag viele Menschen in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst bis bestärkt haben könnte.

Ursachen für den Wahlausgang

Mit Blick auf rechtsextreme Einstellungen und die Dynamiken rechtsextremer Mobilisierung sehen wir, dass rechtsextreme Wahlerfolge Ausdruck langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen und des Wandels der politischen Kultur sind. Die Ursachen dafür sind vielfältig, monokausale Erklärungen greifen zu kurz:

- **Europäische Entwicklung:** Mit Blick ins europäische Ausland sehen wir, dass der seit Jahren anhaltende Trend einer „Verschiebung nach rechts“ in Thüringen und Deutschland kein Alleinstellungsmerkmal, sondern ein europäisches Phänomen ist. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man beachtet, dass sich die vielfältigen Krisen, die im thüringischen Wahlkampf wichtig waren, im Globalen abspielen. In Zeiten komplexer Krisenentwicklungen verfangen die einfachen populistischen Antworten der „falschen Propheten“ (Leo Löwenthal)¹⁴ besonders gut.
- **Bundesweite Entwicklung:** Die Zufriedenheit mit der Ampelregierung ist historisch niedrig, die Kritik an ihrer Politik groß. Das drückt sich auch in den Thüringer Ergebnissen aus: Die Ampelparteien kommen zusammen auf 10,4 %, nur die SPD hat den Wiedereinzug in den Landtag geschafft. Besonders hervorzuheben ist die [Entstehung eines „Feindbilds Grün“](#), das von rechtsextremen Akteur*innen, aber auch der CDU in den letzten Monaten immer stärker in den Diskurs eingebracht wurde. Dies hat zu einer enormen Stigmatisierung der Partei und der mit ihr assoziierten Inhalte, etwa der Unterstützung der Rechte queerer Personen sowie des Engagements für Klimaschutzmaßnahmen, beigetragen.
- **Ostdeutsche Entwicklung:** Auch wenn die gesellschaftliche „Entwicklung nach rechts“ keine thüringische

¹⁴ Siehe Leo Löwenthal (2021 [1949]). Falsche Propheten – Studien zur faschistischen Agitation. Berlin: Suhrkamp.

oder gesamtdeutsche Besonderheit ist, so lässt sich doch eine spezifische Dynamik der extremen Rechten auf der Einstellungsebene, der Ebene der Bewegungsaktivitäten und auch auf parlamentarischer Ebene in den ostdeutschen Bundesländern feststellen. Dafür gibt es historische und politische Ursachen, u. a. den Transformationsprozess nach 1989/90.¹⁵ Im Thüringer Wahlkampf spielte die Frage, wie diese Transformationen sozial gerecht für alle Bewohner*innen bewältigt werden können, jedoch nur eine geringe Rolle. Stattdessen rückte eine „ostdeutsche Identitätspolitik“ vielfach in den Fokus der öffentlichen Debatte.

- **Thüringer Landespolitik:** Bereits 2019 war die Koalitionsfindung in Thüringen äußerst kompliziert. Die mittels des „Stabilitätspakts“ mit der CDU-Opposition ermöglichte rot-rot-grüne Minderheitsregierung war eine Notlösung, die 5 Jahre aufrechterhalten wurde. Die Mehrheitsverhältnisse in Thüringen lassen bereits seit 2019 die „klassischen“ Koalitionsoptionen nicht mehr zu. Nun werden neue Optionen notwendig.
- **Kommunale Problemlagen und lokale politische Kultur:** Auch lokale Besonderheiten spielen eine Rolle. Diese können einerseits mit der lokalen Entwicklung (wirtschaftlich, infrastrukturell, demografisch) zusammenhängen, andererseits mit der lokalen politischen Kultur (z. B. der jahrzehntelangen Verankerung bestimmter Parteien) erklärt werden.

Auswirkungen auf Zivilgesellschaft und marginalisierte Gruppen

Die Bedingungen für die demokratische Zivilgesellschaft sowie gesellschaftlich marginalisierte Bevölkerungsgruppen in Thüringen werden sich infolge der Landtagswahlen nicht verbessern.

Die aufgeheizte bis gewaltförmige Stimmung und die vielschichtige Bedrohungslage, der diese Gruppen bereits jetzt ausgesetzt sind, werden durch eine gestärkte rechtsextreme AfD weiter befeuert.

Personen mit menschenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen können sich nun in diesen bestärkt sehen und legitimiert, ihre Haltungen in Taten umzusetzen. Bereits im Vorfeld der Landtagswahlen hatte ein demokratisches Bündnis in Sonneberg aufgrund erfahrener Anfeindungen [seinen Rückzug ankündigen müssen](#). Wenn noch existierende Bündnisse keine stärkere Unterstützung erfahren, drohen weitere Rückzüge in den nächsten Wochen und Monaten.

Dass die AfD seit Mai auch in den Kommunen und Landkreisen gestärkt ist, verschärft das Problem. So wird es v. a. schwieriger werden, demokratisch entwickelte landespolitische Maßnahmen in Kommunen mit starken AfD-Fraktionen in den Kreis- und Gemeinderäten umzusetzen – insbesondere, wenn andere Parteien und Wähler*innenvereinigungen sich nicht klar von der AfD und anderen rechtsextremen Parteien und Bündnissen abgrenzen.

An dieser Stelle gilt es erneut zu betonen, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD auch in sogenannten „Sachthemen“ deren rechtsextreme Positionen weiter legitimiert und normalisiert.

¹⁵ Vgl. Steffen Mau (2024). Ungleich vereint – Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp.

Für die demokratische Zivilgesellschaft besteht zudem die Gefahr, dass sich die strukturelle wie finanzielle Förderlage durch die veränderten Mehrheitsverhältnisse erheblich verschlechtert.

In den vergangenen Jahren hatte die CDU bereits Kürzungen beim Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „DenkBunt“ vorgeschlagen, über das u. a. die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus MOBIT, die Betroffenenberatungsstelle ezra sowie viele weitere Projekte der Demokratieförderung, des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Unterstützung von bspw. Geflüchteten gefördert werden. Die Abschaffung der Demokratiarbeit ist [eines der zentralen Themen der AfD](#).

Beachtet werden muss, dass die Auswirkungen der Wahlergebnisse nicht alle Menschen in Thüringen gleich betreffen werden.

Es steht konkret zu befürchten, dass sich künftig die Lage vor allem der Menschen, die nicht in das Weltbild der AfD passen, verschlechtern wird: queere Menschen, Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, Menschen mit Behinderung, die politische Linke und viele mehr.

Neben der oben genannten Kürzung von Unterstützungsstrukturen kann sich dies vor allem im alltäglichen gesellschaftlichen Miteinander, in der Akzeptanz oder Duldung menschenfeindlicher Äußerungen sowie in Bedrohungen und Anfeindungen im öffentlichen Raum äußern.

Nicht zu unterschätzen ist die Demotivation, die ein solches Wahlergebnis nach einem intensiven Engagement mit sich bringen kann.

Folgerungen und Konsequenzen

Das Ergebnis der Landtagswahlen ist so gravierend, dass es kein „Weiter so“ geben kann.

Die demokratischen Akteur*innen müssen sich einer kritischen Reflexion widmen und sich strategisch neu aufstellen.

Das heißt, folgende Fragen zu diskutieren und zu beantworten:

- Zielsetzung: Was sind unsere Ziele? Wie realistisch sind sie? Wie können wir diese Ziele erreichen?
- Lernprozesse: Welche Aktivitäten und Maßnahmen sollten wir beibehalten? Mit welchen sollten wir aufhören? Und welche sollten neu hinzukommen?
- (Selbst-)Reflexion: Wo muss stärker hingeschaut/zugehört/unterstützt werden?

Dabei sollte die bisherige Zielstellung, deren Fokus auf den Wahlen lag, realistisch angepasst und in ein langfristiges Engagement umgewandelt werden. Die demokratische Zivilgesellschaft kann beispielsweise:

- dem Narrativ rechtsextremer Hegemonie vor Ort entgegenzutreten
- (potenzielle) Betroffene rechtsextremer Anfeindungen, Gewalt und Diskriminierung wirksam schützen und unterstützen
- eigene Inhalte und Themen solidarischer, menschenrechtsorientierter Praxis weiter- bzw. neu entwickeln und setzen
- sich gegenseitig ermutigen und das Gefühl des Alleinseins durch praktische Solidarität aufbrechen
- deutlich machen, dass demokratische Mitbestimmung und politische Beteiligung nicht nur an der Wahlurne, sondern stärker im Alltag stattfinden kann und muss

Die demokratische Zivilgesellschaft außerhalb Thüringens muss die Aufmerksamkeit und das Engagement der letzten Wochen und Monate aufrechterhalten.

Dabei sind „Alleingänge“ und Kampagnen von außen nicht hilfreich, sondern es sollte eng mit den Akteur*innen vor Ort zusammengearbeitet werden. Unter anderem die Bündnisse und Strukturen, die sich im letzten Jahr etabliert haben, sind dafür die richtige Ausgangslage – z. B. das Bündnis „Dorfliebe für alle“ im Saale-Orla-Kreis, #Nordhausenzusammen im Landkreis Nordhausen und die Initiative AIS-SHK im Saale-Holzland-Kreis.

Der Blick nach vorn

Nach drei Wahlen in Thüringen im Jahr 2024 verdichtet sich das Bild zur AfD:

1. Die AfD ist in Thüringen **fest etabliert**.
2. Die AfD wird **bewusst gewählt** – überwiegend nicht aus Protest, sondern aus Überzeugung. Sie hat ein festes Wähler*innenklientel, die direkt nicht beeinflusst (aufgeklärt, überzeugt) etc. werden kann. Die Partei hat in Thüringen eine hohe Wähler*innenbindung und vertritt weite Teile der Bevölkerung, auch wenn die Politik der AfD gegen die Interessen ihrer Wähler*innen gerichtet ist.
3. Die Fokussierung auf die AfD, die Kritik an ihr und die Skandalisierung ihrer Programmatik und ihres Personals führen nicht zu einer Senkung der Stimmenanteile für die Partei.

Damit geht einher, dass die AfD ihre Themen setzen kann und demokratische Parteien und demokratische Zivilgesellschaft sich überwiegend in die Rolle gedrängt sehen, darauf zu reagieren, anstatt aktiv eigene Themen zu setzen.

Mit Blick auf künftige Wahlen gehen für uns folgende Erkenntnisse hervor:

- Es ist notwendig, die Stärke und Verbreitung der AfD als eine politische Realität zu akzeptieren und sich darauf vorzubereiten, dass sie mittelfristig eine starke Rolle in Thüringen und darüber hinaus auch bundesweit einnehmen wird. **Gleichzeitig können sich die politischen Mehrheitsverhältnisse auch wieder verändern und sind keineswegs in Stein gemeißelt.** Um dies zu ermöglichen, müssen sich demokratische Parteien und die demokratische Zivilgesellschaft nun strategisch neu ausrichten. Ein „Weiter so“ ist nicht angebracht.
- **Die individuellen und kollektiven Ursachen für rechtsextreme Einstellungen und Wahlerfolge müssen intensiver erforscht werden.** Das gilt vor allem in Bezug auf die Frage, weshalb es zwischen den Regionen Thüringens so große Unterschiede im Wahlverhalten gibt, aber auch auf zeitliche Entwicklungen des Wahlverhaltens. Dazu braucht es – ergänzend zu den vorhandenen quantitativen Daten – qualitative Längsschnittuntersuchungen in den angesprochenen Schwerpunktreionen. So kann ein fundierteres Wissen darüber hergestellt werden, aus welchen Gründen Menschen in Thüringen ihre politischen Einstellungen und Wahlabsichten ändern.
- **Demokratische Parteien und die demokratische Zivilgesellschaft müssen stärker eigene Inhalte setzen.** Die Demokratie-Demonstrationen Anfang 2024 haben gezeigt, dass es thüringen- wie bundesweit ein hohes Mobilisierungspotenzial für demokratische Politik gibt. Die Aufgabe besteht nun darin, dieses Potenzial mit Inhalten und Forderungen zu füllen, neue Formen der politischen Partizipation zu implementieren und die Lebenslage aller Menschen in Thüringen und darüber hinaus zu verbessern, anstatt beispielsweise mit „Abschiebeoffensiven“ und der weiteren Verschärfung des Asylrechts bei den Wähler*innen der AfD punkten zu wollen. Das nämlich nützt nur der AfD.

Bei den Landtagswahlen haben Fragen der sozialen Sicherheit, die wirtschaftliche Lage sowie die Benachteiligung der ostdeutschen Bevölkerung eine Rolle gespielt, auch wenn sie häufig durch die Kriegs- und Migrationsdebatte übertönt wurden. Hier gilt es, Ideen, Ansätze und Konzepte zu entwickeln, die die soziale Sicherheit aller verbessern, anstatt nationalistische, ausgrenzende Identitätspolitik zu übernehmen.

Impressum

Die Kurzanalyse „Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen“ ist die achte Ausgabe (#8) der Reihe *IDZ-Kurzanalyse*.

Autor*innen

Viktoria Kamuf und Cornelius Helmert

– unter Mitarbeit von Axel Salheiser, Christoph Richter, Maik Fielitz und Fabian Klinker

Lektorat und Satz

Susanne Haldrich

Herausgeber

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena

E-Mail: mail@idz-jena.de

Träger

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12 | 10115 Berlin

E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de



Das IDZ wird gefördert vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk Bunt).



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor*innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor*innen.